



# KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung  
vom 9. November 2011

## Aus Berlin

---

### Länder geben grünes Licht für Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen

Der Bundesrat hat dem Gesetz zur Verbesserung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen zugestimmt. Damit können Berufsabschlüsse von Zuwanderern in Deutschland ab dem kommenden Frühjahr einfacher und schneller anerkannt werden.

Die Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK) hat die Gesetzesänderung begrüßt, denn für die Approbation als Arzt, Psychotherapeut oder Apotheker ist es zukünftig nicht mehr notwendig, deutscher Staatsangehöriger oder Bürger der Europäischen Union (EU) zu sein. Bisher konnten Angehörige aus Drittstaaten nur in besonderen Einzelfällen oder aus Gründen des öffentlichen Gesundheitsinteresses eine Approbation erhalten. „Von diesen Ausnahmen wurde viel zu selten Gebrauch gemacht“, sagte BPtK-Präsident Prof. Rainer Richter. Seiner Meinung nach verbessert das Gesetz die psychotherapeutische Versorgung in Deutschland. Richter: „Die Neuregelung kann dann zu einer deutlichen Verbesserung der muttersprachlichen psychotherapeutischen Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland führen, wenn eine relevante Zahl von Psychologen und Sozialpädagogen aus Nicht-EU-Ländern die Psychotherapeutenausbildung absolviert haben wird.“ ([Pressemitteilung der BPtK, 8. November](#))

### Neues Jahr bringt Zahnärzten neue Gebührenordnung

Auch der Bundesrat hat grünes Licht für die novellierte Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) gegeben, nachdem der Bundestag bereits im September zugestimmt hatte. Damit tritt das Gesetz am 1. Januar 2012 in Kraft und beschert den rund 66.000 Zahnärzten in Deutschland jährlich insgesamt rund 345 Millionen Euro mehr Honorar. Die Bundesregierung verwies darauf, dass die GOZ seit 1988 nicht mehr überarbeitet worden sei.

Kritik kam vom Verband der privaten Krankenversicherung (PKV), der sich mit seinen Forderungen nicht durchsetzen konnte, über eine Öffnungsklausel mit ausgewählten Zahnärzten Selektivverträge abschließen zu dürfen. „Die Kosten werden voraussichtlich um 14 bis 20 Prozent steigen“, sagte PKV-Direktor Volker Leienbach. Aus seiner Sicht sei das Honorarvolumen der Zahnärzte bereits in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich stark gestiegen. Auch die Bundeszahnärztekammer ist mit der neuen Gebührenordnung unzufrieden. Sie sieht eine Chance vertan, die GOZ an den wissenschaftlichen Stand der Zahnheilkunde anzupassen. ([Pressemitteilung des PKV, 4. November](#); [Ärzte Zeitung, 5. November](#) und [21. September](#))

## Aus KBV und KVen

---

### KV-on: Perspektiven für den medizinischen Nachwuchs

Das Deutsche Ärzteblatt hatte junge Mediziner zum fünften bundesweiten Nachwuchskongress „Perspektiven und Karriere“ nach Berlin eingeladen. Eine gute Gelegenheit auch für die KBV und

die Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen), Nachwuchsmedizinern die Vorteile der Niederlassung näherzubringen. Da Team von KV-on, dem Web-TV der KVen, war vor Ort. ([Videopodcast auf KV-on, 4. November](#))

### **KV-on: Nachhaltigkeit im Gesundheitswesen**

Die Gesundheitskosten steigen, die Einnahmen werden knapper. Das Thema Nachhaltigkeit spielt somit eine immer größere Rolle im Gesundheitswesen und stand deshalb im Zentrum der zweiten Diskussionsrunde bei der Veranstaltung „KBV kontrovers“. KV-on fasst die wichtigsten Argumente zusammen. ([Videopodcast auf KV-on, 8. November](#))

### **KV Thüringen begrüßt Arzneimittelkonzept**

Die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Thüringen begrüßt das von der KBV und der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände entwickelte Konzept zur Arzneimittelversorgung. Es stärke die Zusammenarbeit von Ärzten und Apothekern. Durch das gemeinsame Medikationsmanagement könnten Arzneimittelkosten reduziert und die Compliance des Patienten gesteigert werden. (Pressemitteilung der KV Thüringen, 2. November)

### **KV Baden-Württemberg fordert schnellen Beschluss des VStG**

Der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Baden-Württemberg, Dr. Norbert Metke, hat die Stuttgarter Bundestagsabgeordneten gebeten, das Versorgungsstrukturgesetz (VStG) zügig durch das parlamentarische Verfahren zu bringen. Metke betonte, dass vor allem die geplante Regionalisierung unverzichtbar sei, um dem Ärztemangel in einem Flächenstaat wie Baden-Württemberg entgegenwirken zu können. ([Pressemitteilung der KV Baden-Württemberg, 3. November](#))

### **Mecklenburg-Vorpommern: Gemeinsam die ambulante Versorgung sicherstellen**

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Mecklenburg-Vorpommern, der Landkreistag sowie der Städte- und Gemeindetag des Bundeslandes haben vereinbart, bei der Sicherstellung der ambulanten Versorgung zusammenzuarbeiten. Beispielsweise wollen die Partner künftig gemeinsam über Förderungsmaßnahmen informieren und für niederlassungsinteressierte Ärzte einen passenden Praxisstandort ermitteln. Die Gesundheitsministerin Mecklenburg-Vorpommerns, Manuela Schwesig (SPD), sieht in der Kooperation ein Musterbeispiel für gemeinsame Problemlösungen. ([Pressemitteilung der KV Mecklenburg-Vorpommern, 9. November](#))

### **KV Schleswig-Holstein unterstützt ärztlichen Nachwuchs**

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Schleswig-Holstein unterstützt ab sofort Medizinstudenten mit bis zu 1.600 Euro, wenn diese ihr Praktisches Jahr in den Wahlfächern Allgemeinmedizin oder Nervenheilkunde absolvieren. Ziel ist es, dem Haus- und Facharztmangel, vor allem auf dem Land, entgegenzuwirken und die Ärzte in der Region zu halten. ([Pressemitteilung der KV Schleswig-Holstein, 3. November](#))

### **KV Baden-Württemberg: Kindeswohl im Fokus**

Ein Symposium des Vernetzungsprojekts „Frühe Hilfen“ stellt erste Ergebnisse der Zusammenarbeit niedergelassener Ärzte mit Akteuren der Jugendhilfe vor. Anhand wissenschaftlich evaluierter Ergebnisse wollen die Beteiligten aufzeigen, inwiefern die Kooperation in Qualitätszirkeln zu einer besseren Vernetzung von Prävention und Hilfestellung im Rahmen der Frühen Hilfen führen kann. Das Symposium findet am 16. November in der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) in Stuttgart statt. ([Pressemitteilung der KV Baden-Württemberg, 2. November](#))

### **KV Hessen: gleiches Recht für Niedergelassene**

Im Hinblick auf die Tarifierhöhung von 3,6 Prozent für Klinikärzte weist die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Hessen darauf hin, dass die Honorare der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten im nächsten Jahr lediglich um 1,25 Prozent steigen werden. Bei einer

Inflationsrate von 2,6 Prozent bedeute dies ein deutliches Minus der Einnahmen. „Die Honorarreform 2009 hat einen eklatanten Nachholbedarf zumindest teilweise bedient. Doch es gibt keinen nachvollziehbaren Grund, warum das, was für Klinikärzte recht ist, für Niedergelassene nicht billig sein sollte“, erklärten die beiden Vorstandsvorsitzenden der KV Hessen Frank-Rüdiger Zimmeck und Dr. Gerd W. Zimmermann. ([Pressemitteilung der KV Hessen, 8. November](#))

## Aus den Verbänden

---

### Ärzteschaft trauert um Prof. Jörg-Dietrich Hoppe

Prof. Jörg-Dietrich Hoppe, langjähriger Präsident der Bundesärztekammer (BÄK) und des Deutschen Ärztetages, ist am 7. November gestorben. Vertreter von gesundheitspolitischen Verbänden und Kassenärztlichen Vereinigungen würdigten die Verdienste des Verstorbenen. „Er hat wie kein anderer ethischen Fragen den höchsten Stellenwert eingeräumt. Stets war er es, der den Patienten wieder ins Zentrum der politischen Diskussion rückte“, sagte etwa der Vorstandsvorsitzende der KBV, Dr. Andreas Köhler. ([Pressemitteilung der BÄK, 8. November](#); [Pressemitteilung der KBV, 8. November](#))

### Krankenhäuser fordern mehr Geld für Infektionsschutz

Damit Krankenhäuser den Infektionsschutz verbessern können, sei mehr Geld für zusätzliches Personal nötig. Das hat der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), Georg Baum, gesagt. Hintergrund ist der Tod von drei Neugeborenen im Klinikum Bremen-Mitte, nachdem sie sich mit einem Keim infiziert hatten. Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) kritisierte die Forderung. ([Pressemitteilung der DKG, 4. November](#); [Ärzte Zeitung, 6. November](#); [Pressemitteilung des GKV-Spitzenverbandes, 4. November](#))

### Pflegereform: Pflegekassen drücken aufs Tempo

Die Versorgung demenzkranker Patienten solle schnellstmöglich verbessert werden. Darauf hat der Vorstand des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), Gernot Kiefer, gedrängt. Die Bundesregierung fordert er auf, das geplante Pflegereformgesetz, das auch den Begriff der Pflegebedürftigkeit neu definieren soll, nicht auf die lange Bank zu schieben. ([Pressemitteilung des GKV-Spitzenverbandes, 7. November](#))

### Hartmannbund kritisiert Heilkundeübertragungsrichtlinie

Delegation ja, Substitution nein: Der Vorsitzende des Hartmannbundes, Dr. Klaus Reinhardt, hat es abgelehnt, Heilkunde in die Hände von Pflegefachkräften zu legen. Entsprechende Modellversuche hat der Gemeinsame Bundesausschuss kürzlich beschlossen. ([Pressemitteilung des Hartmannbundes, 8. November](#))

### NAV-Virchow-Bund: ambulante spezialärztliche Versorgung nur mit Fachärzten

Ausschließlich Fachärzte sollten berechtigt sein, ambulante spezialärztliche Leistungen zu erbringen. Das hat der Bundesvorsitzende des NAV-Virchow-Bundes, Dr. Dirk Heinrich, mit Blick auf den geplanten ambulanten spezialärztlichen Sektor gefordert. Zudem sollten für Kliniken und Niedergelassene die gleichen Bedingungen bei Behandlungsqualität und Wettbewerb gelten. ([Pressemitteilung des NAV-Virchow-Bundes, 8. November](#))

### Telemedizin wird immer wichtiger für Patientenversorgung

Der Einsatz telemedizinischer Methoden in der ambulanten Patientenversorgung sei kaum mehr wegzudenken. Das hat der Vorsitzende des Ausschusses Telematik der Bundesärztekammer (BÄK), Dr. Franz-Joseph Bartmann, auf dem 2. Nationalen Fachkongress Telemedizin in Berlin gesagt. Telemedizin müsse auch in Fortbildungen für Ärzte Inhalt sein. Deshalb werde die BÄK

entsprechende Fortbildungsmaßnahmen entwickeln, kündigte Bartmann an. ([Pressemitteilung der BÄK, 3. November](#))

### **Hartmannbund: Kliniken müssen sich stärker um junge Ärzte bemühen**

Der Vorsitzende des Hartmannbundes, Dr. Klaus Reinhardt, hat die Einigung zwischen den Ärzten an Universitätskliniken und der Tariftgemeinschaft der Länder (TdL) über einen neuen Tarifvertrag begrüßt. Allerdings forderte er von der TdL „deutlich mehr Fantasie“, wenn es darum geht, junge Ärzte für den Beruf und eine kurative Tätigkeit an der Klinik zu begeistern. ([Pressemitteilung des Hartmannbundes, 6. November](#))

### **Internetportal: Patienten sollen von ihren Erfahrungen berichten**

Die AOK, die Barmer GEK und die Initiatoren des Projektes Weisse Liste wollen Versicherte zu ihren Erfahrungen während des Klinikaufenthalts befragen. Die ersten Ergebnisse sollen Mitte kommenden Jahres auf [www.weisse-liste.de](http://www.weisse-liste.de) veröffentlicht werden. Die Initiatoren wollen mit dem Internetportal Patienten ermöglichen, bei der Auswahl eines Krankenhauses von den Erfahrungen anderer zu profitieren. ([Pressemitteilung des AOK-Bundesverbandes, 4. November](#))

### **KOMPAKT-Zahl der Woche: 37**

Etwa jeder dritte Deutsche (rund 37 Prozent) geht wegen einer chronischen Erkrankung regelmäßig zum Arzt. Dies ergab eine Forsa-Umfrage im Auftrag der Techniker Krankenkasse. ([Deutsches Ärzteblatt, 4. November](#))

## **Aus der Presse**

---

### **KBV kontrovers: „Arzt und Patient: Wie viel Selbstbestimmung darf's denn sein?“**

Patienten sollten mehr Eigenverantwortung übernehmen, lautete der Tenor der Veranstaltung KBV kontrovers Ende Oktober in Berlin, berichtete das Deutsche Ärzteblatt. „Die Patienten sind informierter und hinterfragen durchaus kritischer das ärztliche Tun“, lobte der Vorstandsvorsitzende der KBV, Dr. Andreas Köhler, vor Vertretern von Ärzteschaft, Krankenkassen und Patientenverbänden. Sein Vorstandskollege Dr. Carl-Heinz Müller bekräftigte, die Ärzte hätten keine Angst vor informierten und kritischen Patienten. Schließlich seien Patienten für ihre Gesundheit mitverantwortlich. Daran knüpfte Köhler im zweiten Teil der Diskussionsrunde an. „Warum reden wir eigentlich immer über Selbstbestimmung, aber nicht über Selbstbeteiligung?“, fragte er. Angesichts der demografischen Entwicklung mit immer älteren, chronisch kranken Menschen müsse diese Frage erlaubt sein. Tabus in der Diskussion dürfe es nicht geben. „Müssen Ältere sich mehr an den Gesundheitskosten beteiligen? Welchen Vorteil haben Prämienmodelle, eine Kapitaldeckung oder die höhere Eigenbeteiligung der Patienten? Das sind Fragen, die wir diskutieren müssen“, forderte der KBV-Chef. ([Deutsches Ärzteblatt, 4. November](#))

## Aus dem Terminkalender

---

- 10.11.11 Vertreterversammlung der KV Berlin  
Berlin, 20 Uhr
- 16.11.11 Vertreterversammlung der KV Rheinland-Pfalz  
Mainz, 15.30 Uhr
- 17.11.11 Vertreterversammlung der KV Hamburg  
Hamburg, 20 Uhr
- 25.11.11 Vertreterversammlung der KV Brandenburg  
Potsdam, 15 Uhr
- 26.11.11 Vertreterversammlung der KV Bayerns  
München, 9.30 Uhr
- 28.11.11 [3. Qualitätssicherungskonferenz des Gemeinsamen Bundesausschusses](#)  
Berlin, 10-17 Uhr
- 02.12.2011 – [Was gibt es Neues in der Allgemeinmedizin?](#)  
04.12.2011 Berlin
- 03.12.2011 Vertreterversammlung der KV Westfalen-Lippe  
Dortmund, 10 Uhr
- 09.01.2012 – [15. Wiedereinstiegskurs für Ärztinnen und Ärzte nach berufsfreiem Intervall](#)  
20.01.2012 Berlin
- 27.02.2012 – [KBV Messe Versorgungsinnovation 2012](#)  
29.02.2012 Die Versorgungsmesse in Berlin

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 / 40 05 – 22 07

Fax: 030 / 40 05 – 27 22 03

E-Mail: [online-redaktion@kbv.de](mailto:online-redaktion@kbv.de)

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs um 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>